

Wer soll bezahlen?

Kita Hemsbünde war Thema im Gemeinderat

VON STEPHAN VOIGT

Hemsbünde. Mehr als 20 Zuhörer kamen zur Ratssitzung in Hemsbünde. Grund war, dass es um die Zukunft der örtlichen Kita ging. Von besonderem Interesse war die künftige Gebührenordnung.

Kontrovers und teils emotional diskutierten die Politiker, ob Eltern, die nicht in der Gemeinde Hemsbünde wohnen, den eineinhalbfachen Gebührensatz zahlen sollen. Schon in vorherigen Sitzungen wurde gesagt, dass diese Gebühr quasi aus Versehen bei einer Satzungsänderung gestrichen wurde und dass auswärtige Eltern in Hemsbünde keine Steuern zahlen, dort aber Leistungen in Anspruch nehmen. Kritik wurde in diesem Zusammenhang an der Gemeinde Bothel laut, die laut Aussagen einiger Zuhörerinnen Eltern von Kindern im Krippenalter explizit an die Einrichtung in Hemsbünde verweise. Die übrigen Bürgermeister in der Samtgemeinde Bothel haben aber eine Anfrage von Hemsbündes Verwaltungschef Manfred Struck (SPD) abgelehnt, sie sollten einen Kostenbeitrag an der Kita in Hemsbünde zahlen. Ludger Brinker (CDU) sagte dazu: „Im nächsten Jahr haben die Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Dann müssen die Gemeinden ein Angebot bieten

können - wir sind also in einer sehr guten Verhandlungsposition.“

Seltene Einigkeit herrschte zwischen Brinker und Carolin Muschter (WWH). Beide waren sich einig darin, dass die Zuschüsse der Gemeinde für die Kita - 245.000 Euro binnen drei Jahren - deutlich zu hoch seien und die Einnahmeseite verbessert werden muss. „Kinderbetreuung ist eine Aufgabe der Gesellschaft, aber nicht die einzige“, sagte Jens Prigge (CDU) dazu mit Blick auf weitere Ausgaben, die die klamme Gemeinde zu begleiten hat.

Die Sozialdemokraten Udo Philipp und Barbara Frömming sprachen sich vehement gegen die Gebührenerhöhung aus. Frömming warnte, damit werde auch in den anderen Gemeinden eine Preisspirale in Gang gesetzt. Außerdem sagte sie, das Land werde ab 2013 schrittweise mehr Geld für die Kita-Unterhaltung zahlen, die Einnahmen der Gemeinde werden dann also steigen. Und Philipp erinnerte daran, dass einige auswärtige Eltern ihre Kinder im Falle einer Gebührenerhöhung aus der Kita abmelden werden: „Dann verlieren wir sogar noch Geld.“

Die Beiden stimmten, genau wie der Bürgermeister, als einzige gegen die Gebührenerhöhung, die damit mehrheitlich beschlossen wurde.

Einstimmig beschlossen die Ratspolitiker zudem, die Öff-

nungszeiten des Kindergartens zu verlängern. Durch geschickte Personalplanung sei das ohne Mehrkosten möglich. Mit Blick auf die vorherige Diskussion bemerkte Philipp noch süffisant: „Wir generieren dafür sogar noch Mehreinnahmen.“ Die Einrichtung wird, falls Bedarf besteht, künftig von 7 bis 17 Uhr geöffnet sein.

Weiterhin wurde beschlossen, dass der bislang zwei Personen umfassende Pool an Aushilfskräften erweitert werden soll, damit die verlängerten Öffnungszeiten auch bei Krankheit oder Urlaub einiger Erzieherinnen gewährleistet werden können.

Befristet wird für die Kinderkrippe - dort kümmern sich derzeit zwei Erzieherinnen um 15 Kinder - eine weitere Fachkraft bis zum Ende des Krippenjahres eingestellt. Alle Politiker lobten immer wieder die Arbeit des Kindergarten- und Krippenpersonals in den höchsten Tönen, ebenso machten alle Fraktionen klar, dass die Frauen in der Krippe zuviel zu tun haben. Struck: „Die gehen auf dem Zahlfleisch.“

Eine Verlängerung der Krippenöffnungszeiten und die zusätzliche Einrichtung von Schlafräumen in der Krippe wurden nicht weiter diskutiert. Der Grund ist simpel: Neue Räume kann sich die Gemeinde nicht leisten und ohne diese sind längere Öffnungszeiten nicht realisierbar.